

# RUNDBRIEF

## HERMANN GRÖHE AKTUELL

Beachten Sie bitte  
die weiterführenden  
Links ►►  
in den Texten!

CDU

INFORMATIONEN AUS DEM WAHLKREIS UND BERLIN

Nummer 9 | 15. Juni 2017

Foto: BMG | Jochem Zick (action press)



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

eine verlässliche Alterssicherung und der Schutz vor Altersarmut sind wesentliche Aufgaben unseres Sozialstaats und Ziele unserer Politik! Deswegen haben wir uns im Rahmen des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD darauf verständigt, mit einer Grundrente die Lage bedürftiger Kleinstrentner zu verbessern, wenn diese viele Jahre Beiträge zur Rentenversicherung entrichtet haben. Auch bei der Erwerbsminderungsrente und der Mütterrente sind Verbesserungen vorgesehen.

Zugleich sind weitere Weichenstellungen erforderlich, um eine verlässliche Rente für Jung und Alt auch in der Zeit nach 2025 zu gewährleisten. Denn angesichts erheblicher Veränderungen im Altersaufbau unserer Gesellschaft wie in der Arbeitswelt steht unser Rentensystem vor großen Herausforderungen. Deshalb hat die Bundesregierung nun die Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ eingerichtet. Sie bringt Vertreter aus Politik, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Wissenschaft zusammen und soll Vorschläge für die Entwicklung einer verlässlichen Alterssicherung nach 2025 erarbeiten. Auch ich gehöre dem Gremium an. Meiner Überzeugung nach sollte unser Ziel sein, die Grundlagen für eine nachhaltige, parteiübergreifende Übereinstimmung zumindest in den wesentlichen Fragen der Rentenpolitik zu legen. Nicht zuletzt durch die Mitwirkung der Sozialpartner und die Nutzung wissenschaftlichen Sachverständnisse sehe ich gute Chancen dafür, dass uns dies gelingt. Vor uns liegt in den nächsten knapp zwei Jahren viel Arbeit. Und sicherlich machen die großen Herausforderungen die Suche nach fairen Kompromissen nicht leicht. Doch es lohnt alle Anstrengungen, um Verlässlichkeit für Jung und Alt dauerhaft zu gewährleisten. Daher freue ich mich auf diese Arbeit!

Es grüßt Sie

## RENTENKOMMISSION NIMMT IHRE ARBEIT AUF

Am 6. Juni nahm die Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ ►► ihre Arbeit auf. Bis März 2020 soll das von der Bundesregierung Anfang Mai eingesetzte Gremium Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Alterssicherung in Deutschland erarbeiten. Zu Beginn machte Hermann Gröhe die Grundauffassung der CDU deutlich: „Es geht darum, dauerhaft eine auskömmliche Alterssicherung zu gewährleisten und zugleich die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, die Wirtschaftskraft unseres Landes und kommende Generationen nicht zu überfordern.“ Deshalb warnte er auch in Radio- ►► und Fernsehbeiträgen ►► davor, einzelne Maßnahmen schon jetzt vorschnell auszuschließen: „Denkverbote vermindern die Chance auf faire Kompromisse.“ Die Kommission folgt einem ehrgeizigen Fahrplan. Bereits im Sommer werden die ersten Fachgespräche mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie mit Anbietern und Einrichtungen der Altersvorsorge stattfinden. Auch die junge Generation soll einbezogen werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Arbeitskommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ intensiv begleiten wird.

## FÜR EINE ERFOLGREICHE ENTWICKLUNGSPOLITIK



Vergangenen Mittwoch lud Hermann Gröhe gemeinsam mit dem entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Volkmare Klein rund einhundert Vertreterinnen und Vertreter dieser Verbände sowie weitere Gäste aus Politik und politische Stiftungen ein, um im Reichstagsgebäude über entwicklungspolitische Ziele und Perspektiven zu diskutieren. Er warb für einen offenen Austausch: „Politik und Entwicklungsorganisationen haben gemeinsame Ziele, auch wenn wir uns nicht immer in allen Fragen einig sind. Uns eint das gemeinsame Bekenntnis zur gewachsenen internationalen Verantwortung Deutschlands.“ Anwesend war auch der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller. Er hob in seinem Grußwort hervor, dass Entwicklungspolitik nie für sich alleine stehe, sondern zusammen mit Außen-, Klima-, Umwelt- und Agrarpolitik Lösungen erarbeiten müsse.

Armut, Hunger, Klimaschutz – viele Herausforderungen erfordern heute globale Lösungen. Eine erfolgreiche Entwicklungspolitik ist dabei zentral. Dazu tragen Nichtregierungsorganisationen wie Brot für die Welt ►►, WWF ►►, die Welthungerhilfe ►► oder andere Mitglieder des Verbands der Nichtregierungsorganisationen VENRO ►► maßgeblich bei.

Mein Wahlkreis  
Dormagen, Grevenbroich  
Neuss, Rommerskirchen  
Meine Ziele im Wahlkreis

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 22777321  
E-Mail: hermann.groehe@bundestag.de



www.hermann-groehe.de

# CDU-LANDESPARTEITAG: NRW STARTET DURCH

Ein Jahr nach dem CDU-Sieg bei der Landtagswahl zog Ministerpräsident Armin Laschet auf dem Landesparteitag vergangene Woche eine positive Bilanz für die neue Landesregierung. NRW stehe in vielen Bereichen besser da als unter Rot-Grün. Doch damit nicht genug: Laschet und die CDU wollen NRW zu einem Vorreiter der Digitalisierung machen. Unter dem Leittrag mit dem Titel „Leben, Lernen und Arbeiten im digitalen Zeitalter“ ►► diskutierten die Delegierten ganz unterschiedliche Themen von eHealth über digitale Fahrscheine in Bus und Bahn bis zur Umstellung von Lehrplänen, um Platz für Digitalkunde zu schaffen. Die Erfolgsbilanz der CDU-geführten Landesregierung spiegelte sich auch bei den Vorstandswahlen wider: Mit 96,3 Prozent der Stimmen wurde Laschet zum vierten Mal zum Landesvorsitzenden des größten CDU-Landesverbands gewählt. Josef Hovenjürgen erhielt 95,5 Prozent als Generalsekretär. Und für den Rhein-Kreis Neuss gehört der Kreisvorsitzende und NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper als Beisitzer dem Landesvorstand an. Er konnte sich über das zweitbeste Beisitzer-Ergebnis freuen. Von den 641 Delegierten in Bielefeld kamen 20 aus dem Kreisverband Neuss, darunter auch der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Hermann Gröhe.

## DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN HAUTNAH

Als junger Botschafter für Deutschland den American Way of Life erleben: Diese Möglichkeit erhalten junge Deutsche bereits seit über 30 Jahren durch das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP), das der Deutsche Bundestag gemeinsam mit dem Amerikanischen Kongress durchführt. Das Programm zum einjährigen Aufenthalt in den USA richtet sich seit 1983 an Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 17 Jahren sowie an junge Berufstätige und Auszubildende bis 24 Jahre. Bundestagsabgeordnete übernehmen während dieses ereignisreichen Jahres die Patenschaft für die jungen Menschen. Auch Hermann Gröhe steht als Pate zur Verfügung und legt den Jugendlichen und jungen Erwachsenen in seinem Wahlkreis eine Bewerbung für das PPP gerne ans Herz: „Das Parlamentarische Patenschafts-Programm bietet Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen tolle Möglichkeiten, wertvolle Erfahrungen in den USA zu sammeln, die ihnen ihr Leben lang nützlich sein werden. Insbesondere durch den Alltag in Gastfamilien erleben sie hautnah, wie Menschen in den USA leben und was sie bewegt.“ Auch im Austauschjahr 2019/20 bietet das „PPP“ wieder die Chance, amerikanisches Familien-, College- und Arbeitsleben direkt kennen zu lernen. Bewerbungsunterlagen können auf ►► [usapp.de](http://usapp.de) bis zum 14. September 2018 bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) angefordert werden. Auskünfte zum „PPP“ können auch im Bundestagsbüro von Hermann Gröhe ([hermann.groeh@bundestag.de](mailto:hermann.groeh@bundestag.de)) oder auf der Website des Bundestages unter ►► [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp) eingeholt werden.

## ANTISEMITISMUS KEINE CHANCE GEBEN

Das Bekenntnis zur jüdischen Gemeinde und der Kampf gegen Antisemitismus gehören zu den politischen Grundpfeilern der Bundesrepublik. Vor diesem Hintergrund veranstaltete die CDU vom 25. Mai bis 2. Juni die bundesweite Aktionswoche „Von Schabbat zu Schabbat“. Als Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag nutzte Hermann Gröhe den Anlass für ein eingehendes Gespräch mit Michael Szentei-Heise, Verwaltungsdirektor der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, und Bert Römgens, Koordinator für die Jüdische Gemeinde Neuss. Im Anschluss stellte er klar: „Für die Vielfalt des jüdischen Lebens, die uns heute in unserem Land begegnet, bin ich dankbar – mit Blick auf Neuss und den gesamten Rhein-Kreis, auf Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland. Klar ist: Wir dürfen zu Antisemitismus nicht schweigen – egal aus welcher Richtung er kommt. Denn jeder Angriff auf jüdisches Leben in Deutschland ist ein Angriff auf die gleiche Würde aller Menschen, auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft und damit auf uns alle.“ Jüdisches Leben in Deutschland und der Kampf gegen Antisemitismus sind für Hermann Gröhe besondere Herzensanliegen: Vergangenen Freitag traf er den Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Felix Klein ►►, und am Mittwoch tauschte er sich mit Dr. Josef Schuster ►►, dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, in seinem Berliner Bundestagsbüro aus.

### Neues aus dem Parlament und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

#### Zahl der Petitionen nimmt zu

Der Petitionsausschuss des Bundestags steht selten im Licht der Öffentlichkeit. Dabei gehört das Gremium zu den wichtigsten Einrichtungen der deutschen Demokratie: Bürgerinnen und Bürger können sich direkt an ihn wenden. Der Petitionsausschuss ist somit auch ein Gradmesser für das Interesse an Politik – und dieses Interesse ist riesig: Im vergangenen Jahr erreichten den Bundestag laut jüngstem Ausschussbericht mehr als 11 500 Zuschriften. Das waren durchschnittlich 46 pro Tag und damit deutlich mehr als im Vorjahr.

Immer wieder fließen Erkenntnisse aus Petitionen in Gesetzgebungsverfahren ein. Gegenüber privaten Portalen wie „change.org“ hat er dabei klare Vorteile: Alle Bürger erhalten gleichermaßen Gehör, die Anliegen werden unabhängig von Aktualität oder Zahl der Unterstützer bearbeitet und die Zuschriften gelangen ohne Umwege direkt an die Politik. Das ist sogar verfassungsmäßig festgelegt: Das Grundgesetz sieht in Artikel 45c die Einrichtung des Petitionsausschusses vor, „dem die Behandlung der nach Artikel 17 an den Bundestag gerichteten Bitten und Beschwerden obliegt.“

Für die Bürgerinnen und Bürger ergeben sich somit neben den Wahlkreisabgeordneten und Fachpolitikern gleich mehrere direkte Drähte in die Bundespolitik. Eingaben müssen übrigens nicht postalisch erfolgen: Das Online-Portal des Petitionsausschusses ►► ist seit 2005 online und mittlerweile das Medium der Wahl, um Anfragen an den Deutschen Bundestag zu richten.

► 7. Juli 2018

5. Internationales Handicap-Turnier  
des BV Weckhoven

► 12. Juli 2018

16:30 bis 18:00 Uhr: Bürgersprechstunde  
im Neusser Wahlkreisbüro, Münster-  
platz 13a